



Zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015: Für eine einheitliche EU-Entwicklungspolitik!

Beschluss der Landesversammlung vom 8. März 2015 in Ettlingen

Der Bundeskongress 2015 der Europa-Union Deutschland e.V. möge beschließen:

Die Europäische Union hat 2015 zum Europäischen Jahr der Entwicklung ausgerufen. Dieses Jahr soll die europäischen Bürgerinnen und Bürger an die Verantwortung der EU für die globale Entwicklung erinnern und eine breite Diskussion über die Zukunft der EU-Entwicklungspolitik anstoßen. Die Europa-Union und die Jungen Europäer – JEF Baden-Württemberg begrüßen diese Initiative und möchten ihren Beitrag zur Diskussion leisten.

Entwicklungspolitik gehört seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 zu den Politikbereichen der EU. Heute ist die EU weltgrößter Geber in der Entwicklungszusammenarbeit. Dennoch bestehen neben der EU-Entwicklungspolitik 28 nationale Politiken in diesem Bereich fort. Wir sind davon überzeugt, dass eine echte Vergemeinschaftung der Entwicklungspolitik das Ziel sein muss. Nur dann kann die EU mit einer Stimme sprechen und die am wenigsten entwickelten Länder auf ihrem Weg zu einer besseren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unterstützen. Wir fordern daher:

- **Die Überführung des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) in den allgemeinen EU-Haushalt als eigenständige Rubrik.** Der EEF ist das wichtigste Instrument der Entwicklungszusammenarbeit mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik und Pazifischer Raum). Der EEF wird nicht aus dem EU-Gesamthaushalt finanziert. In ihn fließen direkte Beiträge der Mitgliedstaaten, deren Höhe ausgehandelt wird. Eine Überführung des EEF in den allgemeinen EU-Haushalt als eigene Rubrik würde dem Europäischen Parlament Mitbestimmung und demokratische Kontrolle einräumen und ihn zu einem echten Instrument einer einheitlichen Entwicklungszusammenarbeit machen.
- **Die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments in der Entwicklungspolitik durch Mitbestimmung in Finanzfragen und bei der Festlegung grundlegenden Positionen.** Das Europäische Parlament muss als direkt gewählte Vertretung der EU-Bürgerinnen und Bürger mehr Einfluss auf die EU-Entwicklungspolitik erhalten. So muss das Parlament bei der Aufstellung des Haushalts für die Entwicklungspolitik so mitbestimmen können wie in den anderen Politikbereichen auch. Auch die Festlegung von grundlegenden Positionen und Mandaten muss ausnahmslos im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens erfolgen. Damit wäre die demokratische Kontrolle und eine größere öffentliche Aufmerksamkeit gewährleistet.
- **Die Schaffung einer eigenen Ratsformation „Rat Entwicklungszusammenarbeit“ mit der Option des Vorsitzes durch den/die EU-Entwicklungskommissar/in.** Bislang wird die Entwicklungszusammenarbeit im Ministerrat im Rahmen der Tagungen der Außenminister behandelt, bei der die Entwicklungsminister hinzugezogen werden. Im Sinne einer stärkeren EU-Entwicklungszusammenarbeit würde die Schaffung einer eigenen Ratsformation, möglichst unter Vorsitz des für Entwicklungspolitik zuständigen Kommissionsmitglieds zu mehr Durchschlagskraft führen.
- **Die Stärkung der Rolle der EU-Vertreter als Verhandlungsführer bei internationalen Organisationen und Konferenzen.** Um die Einheitlichkeit der EU-Position bei internationalen

Organisationen und Konferenzen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu stärken, sollte dort der/die EU-Entwicklungshilfekommissar/in oder dessen/deren Vertreter/in die Verhandlungsführung übernehmen und im Namen der EU und aller 28 Mitgliedstaaten sprechen. Die Ziele der EU sollten vorab mit einem von Rat und Europäischem Parlament verabschiedeten und öffentlich zugänglichen Mandat festgelegt werden.

- **Eine stärkere Koordinierung der nationalen Entwicklungspolitiken durch die EU-Kommission.** Viele der EU-Mitgliedstaaten führen eine eigene nationale Entwicklungspolitik mit eigenen Agenturen (z.B. GLZ) durch. Hier wäre eine stärkere Koordinierung nach einer auf EU-Ebene festgelegten Agenda und nach EU-Kriterien unter Berücksichtigung der Entwicklung demokratischer Strukturen und der Stärkung der Menschenrechte sinnvoll. Denkbar wäre auch, die Expertise einzelner Mitgliedstaaten für einzelne Länder besser für die gesamte EU-Entwicklungspolitik nutzbar zu machen.

Hintergrund-Information zu Europa-Union Baden-Württemberg e.V.:

Die Europa-Union Deutschland ist ein überparteilicher und gemeinnütziger Verband, der seit über 60 Jahren unter dem internationalen Dachverband der Europäischen Bewegung in der Gesellschaft durch zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen auf ein geeintes, demokratisches Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand hinwirkt. Wir sind aktiv auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Rund 18.000 Mitglieder sind in 16 Landesverbänden mit rund 350 Kreis-, Orts- und Stadtverbänden vernetzt und haben Partnerorganisationen in über 30 Ländern Europas. Im Landesverband Baden-Württemberg führen wir über 3.100 Mitgliedern in 32 Kreisverbänden.

Der Landesverband Baden-Württemberg e.V. zählt neben vielen parteilosen Persönlichkeiten viele führende Politiker aus den Reihen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. 8 der 11 Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg sind Mitglied der Europa-Union. Im Landtag von Baden-Württemberg gehören aktuell 51 Abgeordnete aus CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen der Europa-Union an. Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist ebenso langjähriges Mitglied der Europa-Union wie der heutige EU-Kommissar Günther H. Oettinger. Über 138 Kommunen im Land unterstützen die Arbeit der Europa-Union durch eine Mitgliedschaft.

Auch in der Spitze des Bundesverbandes spiegelt sich ihr überparteiliches Profil wider. Neben dem Präsidenten, Rainer Wieland MdEP (CDU), finden sich im Präsidium unter anderen parteilosen EUD-Mitgliedern, Eva Högl MdB (SPD) und Evelyne Gebhardt MdEP (SPD) wieder.

Kontakt:

Daniel Frey, Mediensprecher

E-Mail: Daniel.Frey@eubw.eu

Webseite: www.eubw.eu